

Nochmals die Kriegsziele.

N Berlin, 2. Juni. (Priv.-Tel.) Es ist der Presse verboten, die sogenannten Kriegsziele zu erörtern, das heißt zu besprechen, was beim Ende des Krieges, das wir uns natürlich nur ehrenvoll und siegreich denken können, zu Deutschlands Bestem und zu seiner Sicherung und zur Erfüllung seiner weltpolitischen Aufgaben geschehen soll. Diese sehr schwierigen Erörterungen, für die ja einmal der Zeitpunkt kommen wird, werden seit geraumer Zeit von ein paar, man möchte fast sagen privilegierten Journalisten, von denen einige wieder unter dem Schutze eines parlamentarischen Mandats handeln, vorweggenommen und meist auf die plumpe Frage zugespielt, was wir annectieren sollen. Die große Presse fügt sich nicht nur dem übrigens in Form eines Wunsches ausgesprochenen Verbote, sondern sie handelt aus eigener Einsicht, wenn sie bis zum geeigneten Zeitpunkt darauf verzichtet, öffentlich für oder gegen Annexionsgelfüste oder Annexionsnotwendigkeiten zu sprechen. Sie unterläßt das, weil sie die bei einiger Kenntnis der internationalen Lage und bei einigem Nachdenken leicht zu gewinnende Einsicht hat, daß mit solchen öffentlichen Erörterungen gar nicht genügt, wohl aber geschadet werden kann, indem durch sie die Stimmung nicht nur in den Ländern unserer Feinde, sondern auch in neutralen Ländern in einer so gegenteiligen Weise beeinflusst werden kann und zwar ganz gleich, ob man sich für oder gegen Annexion ausspricht. Es bedarf keines besonderen Scharfsinnes und keiner besonderen Eingeweihtheit, um zu wissen, daß die Aufgaben, vor denen die verantwortlichen Leiter unserer Politik in allen Phasen dieses Krieges stehen und auch gegenwärtig stehen, erschwert werden, wenn von Unverantwortlichen, mögen sie auch noch so starke patriotische Gefühle haben, über eine Kriegsbeute bereits öffentlich verfügt wird, deren, wir wollen sagen, Umfang doch noch nicht feststeht und auch nicht mit absoluter Sicherheit vorausgesehen ist. Von nationalliberaler Seite und einigen ihrer Führer wird in der Behandlung dieser Kriegsziele und namentlich in der Frage, was mit den Ländern des westlichen Kriegsschauplatzes geschehen solle, seit längerer Zeit das Stärkste geleistet, wobei stark zutage tritt, daß die nationalliberale Partei sich auf bestimmte industrielle Kreise stützt. So hat der Geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei und die Vorsitzenden der Landes- und Provinzialverbände wieder einmal die gegenwärtige politische Lage, wie sie behaupten, beraten, und haben daraufhin einmütig der Forderung Ausdruck gegeben, daß die Erfolge unserer unvergleichlichen Armee restlos ausgenutzt werden müssen und daß kurz gesagt im Westen dem Deutschen Reiche alles angegliedert werden müsse, was es politisch, wirtschaftlich und militärisch zur Verstärkung seiner Machtstellung zu Wasser und zu Lande brauche.

Damit ist nichts Neues gesagt. Man weiß, daß die nationalliberale Partei, wenn auch nicht in ihrer ganzen Mehrheit — man denke nur an einzelne ihrer Redner im Reichstag — auf diesem Standpunkt steht, und man weiß auch, daß sie, dem dringenden Wunsche der Reichsregierung entgegen, die öffentliche Kundgebung dieses Standpunktes notwendig für ihre Partei und, wie sie glaubt, auch notwendig für das Reich halte. Was damit dem Reich genutzt werden soll, wird anderen Leuten unverständlich sein. Was dadurch geschehet werden kann, läßt sich leicht nachweisen. Wir werden den Eindruck nicht los, daß die Herren, die derartige Dinge beschließen und veröffentlichen, kein Verständnis für die politische Situation und ganz bestimmte Notwendigkeiten haben.